



Der Infoabend gestern in der Turnhalle Bünthen in Unterentfelden war geprägt von der Maskenpflicht. Es war die erste grosse Veranstaltung, bei der das Publikum da keine Wahl hatte. Bilder: Britta Gut



Brigitte Siegenthaler und Dieter Ammann (links) vertraten die Fusionsgegner, Johann Sager und Lucia Engli (rechts) die Befürworter.

Der Hayek-Platz braucht schon ein Lifting

Meisterschwanden Der Gemeinderat Meisterschwanden wagt, was es so in der Neuzeit im Dorf noch nie gegeben hat: Die Gemeindeversammlung soll am 26. August (bei schönem Wetter) im Freien auf dem Areal der Schulanlage Eggen stattfinden – mit anschliessendem Imbiss. Die Schulanlage Eggen ist Teil der Immobilienstrategie, die Haupttraktandum an der Gmeind ist (AZ vom Montag).

Neben der Jahresrechnung 2019, die erfreulich abschloss, muss der Souverän über vier Kreditabrechnungen befinden. Die zwei Unterschreitungen liegen gesamthaft deutlich über den beiden Überschreitungen.

Ein weiteres Geschäft ist die Aufwertung des Nicolas-Hayek-Platzes (Dorfplatz). Er ist 2014 fertiggestellt worden, hat aber offensichtlich nicht den gewünschten Anklang gefunden. Der Gemeinderat sei in regelmässigen Abständen gebeten worden, den Platz freundlicher und einladender zu gestalten, heisst es in den Unterlagen. Das soll jetzt mit 570 000 Franken geschehen. Der Kredit ist zweiteilig: 220 000 Franken kostet die Abschleifung der Pflasterung. Für 350 000 Franken gibt's vier grosse, mobile Planzenträge mit einem Baum und Sitzgelegenheiten sowie sechs kleinere Planzenträge.

Als letztes Geschäft geht es an der Gmeind um zwei Einbürgerungen. (uhg)

Unterkulm setzt Schlusspunkt unter Färbacker

Gemeindeversammlung Es gibt Geschäfte, bei denen ist man froh, wenn man sie administrativ definitiv abhaken und sich nur noch über das Erschaffene freuen kann. Das gilt sicher für die Sanierung des Schulhauses Färbacker I, bei dem es, primär wegen Asbest, mehrere finanzielle und auch terminliche Überraschungen gab. Ein erster Kredit von 4,35 Millionen Franken erwies sich als zu tief. Und auch der Zusatzkredit von 1,56 Millionen Franken hat nicht ganz gereicht. An der Gemeindeversammlung vom Donnerstag, 27. August, müssen die Stimmbürger die Schlussabrechnung mit einer Überschreitung von 224 377 Franken genehmigen – bei Gesamtausgaben von 6,1 Mio. Franken. Eine zweite Kreditabrechnung betreffend die Kanalisation Hauptstrasse Süd endet mit einer Unterschreitung von 43 Prozent.

Um eine Kanalisation und eine Wasserleitung geht es auch beim Traktandum Sanierung Meierhof. «Aus Umweltschutzgründen besteht dringender Handlungsbedarf», schreibt der Gemeinderat. Die Leitungen galten bisher als private Leitungen. Die Kosten werden darum jetzt gemäss dem Reglement über die Erschliessungsfinanzierung aufgeteilt: Der Gemeindeanteil beträgt 459 300 Franken.

An der Gmeind wird auch die Rechnung 2019 behandelt, die schwarz statt rot abschloss. (uhg)

«Es heisst nicht Gegenwartsraum»

Am letzten Event zum Zukunftsraum in Entfelden vor dem ersten Entscheid lagen die Befürworter leicht im Plus.

Daniel Vizentini

In letzter Sekunde meldete sich doch noch ein Gegner des Zukunftsraums: Nach langer Suche hatten die Veranstalter des Infoabends gestern in Unterentfelden nur eine Person präsentieren können, die das Nein-Lager öffentlich zu vertreten wagte. Es brauchte zwei Aufrufe von Moderator Walter Vogt ans Publikum, bis dann Dieter Ammann auf die Bühne trat. «Ich bin vor 62 Jahren hier geboren und habe auch immer hier gelebt», stellte er sich als eingefleischten Oberentfelder vor. Mit ihm auf der Bühne stand Brigitte Siegenthaler, ebenfalls Oberentfelderin seit Geburt, Ortsbürgerin und Lehrerin in der lokalen Schule. Für beide wäre der Demokratieverlust bei einer Fusion mit den umliegenden Gemeinden «viel zu

gross», ein Einwohnerrat sei «ein Schlachtfeld von Parteien», bei dem normale Bürger keine Chance hätten. «Ich wüsste zudem nicht, was ich an einer fusionierten Ortsbürgergemeinde der Stadt Aarau verloren hätte», sagte Brigitte Siegenthaler. Von den Stadtteilkommissionen, bei denen auch Ausländer mitbestimmen dürften, halte sie nichts. «Die langjährigen Einwohnern verlieren alles», doppelte sie nach. «Wir haben mit dem Distelberg eine natürliche Grenze, diese sollte man beibehalten», fügte Dieter Ammann an.

Auf der Seite der Befürworter standen Johann Sager und Lucia Engli als einzige Unterentfelderin. Wie in der AZ vom letzten Dienstag erwähnte sie die Fusion von Aarau und Rohr als positives Beispiel. Die Grenzen zwischen den Zukunftsraum-Gemeinden

seien heute fließend, «Wald oder Strassen gehören teilweise schon zusammen». Mit einer gemeinsamen Stadtverwaltung könnte man Energie sparen und diese nutzen «für ein starkes Entfelden». Vor allem in Unterentfelden ginge der Steuerfuss «immer wieder ein bisschen nach oben», durch die vielen gebundenen Ausgaben bleibe der Gemeinde aber kaum Luft, sich zu entfalten. «Stillstand ist gleich Rückschritt, wir müssen vorwärts machen», hielt Johann Sager fest. «Heute sind wir ein Lebensraum. Wenn ich nach Aarau fahre, merke ich die Grenze am «Mont Distel» nicht besonders.»

Wie schlägt nun der Puls in Ober- und Unterentfelden? Nach dem ersten Streitgespräch auf der Bühne konnte man noch keine Stellungnahme von einem Mann

aus dem Publikum, die von grossem Applaus gefolgt wurde und so klar das Gefühl gab: In Entfelden scheinen die Befürworter doch leicht die Oberhand zu haben, auch wenn sich immer mehr Fusionsgegner mit ihren Argumenten an die Öffentlichkeit wagen.

«Wer eine Grenze sieht, ist in der Zeit stehen geblieben»

Der Mann sagte: «Es heisst Zukunftsraum, nicht Gegenwartsraum.» Entfelden müsse bald ein Schulhaus bauen, das Steuerersatz der beiden Gemeinden werde strapaziert, die Steuerfüsse bewegen sich eher nur nach oben. Zu den vielfach beanstandeten, teilweise höheren Gebühren im heutigen Aarau sagte er: Eine gratis Grünabfuhr gibt es nicht, in Oberentfelden zahlt sie nur jemand anderes via Steuern. Zum Schluss

teilte er noch einen Seitenhieb an die Fusionsgegner aus: «Wer am Distelberg eine Grenze sieht, ist in der Zeit stehen geblieben.»

Im Publikum kamen noch Fragen auf zu einer möglichen Vereinheitlichung der öV-Tarifzonen im neuen Stadtgebiet (liegt nicht in der Kompetenz der Stadt) oder zu den Adressen (bleiben gleich). Eine Dame schlug vor, die Stadtteilkommissionen für über 16- statt 13-Jährige und nur niedergelassenen Ausländern freizuhalten. Ob wegen des warmen Wetters oder der Maskenpflicht: 110 Menschen wagten sich gestern Abend in die Turnhalle Bünthen, weniger als die Hälfte als an der letzten Infoveranstaltung im November in Oberentfelden. Am 2. September entscheiden beide Entfelden, ob die Fusionsverträge ausgearbeitet werden sollen oder nicht.

Schmiedrueder haben Grund, sich zu freuen

Gemeindeversammlung Am kommenden Montag findet in Schmiedrued nicht nur die Ortsbürgergemeindeversammlung statt, an der es um die Neuorganisation der Waldbewirtschaftung geht (AZ vom 7. 8.). Die Stimmbürger treffen sich auch zur Einwohnergemeindeversammlung, an der über durchwegs erfreuliche Traktanden zu entscheiden ist. So über sechs Kreditabrechnungen, von denen fünf positiv ausgefallen sind. Einzig bei der drei Jahre dauernden Sanierung der Gemeindestrasse gab es eine Überschreitung von acht Prozent. Verursacht durch «sinnvollerweise im Zuge der Bauarbeiten erbrachte Mehrleistungen», wie der Gemeinderat schreibt.

Erfreulich ist auch ein Rückblick auf das Rechnungsjahr 2019: Die Gemeinde mit dem vergleichsweise hohen Steuerfuss von 120 Prozent schloss um eine halbe Million besser ab, als budgetiert. Der Ertragsüberschuss lag bei 761 551 Franken. Zurückzuführen ist das auf Budgetdisziplin (Aufwand mit 3,5 Mio Fr. 0,4% unter Budget) und höheren Steuereinnahmen. (uhg)

Sandbank-Streit: «Die Stadt hat versagt»

Zwei Aarauer wollen die Sandbänke zurück – und fordern ein Aare-Konzept vom Stadtrat.

Die Aarauer verstanden die Welt nicht mehr, als im Frühjahr – mitten im Shutdown – erstmals so richtig bekannt wurde: Der Kanton Solothurn hat das Gebiet «Grien» zwischen Erlinsbach und Wöschnau, gleich an der Kantons- und Stadtgrenze, unter strengen Naturschutz gestellt. Neben Velofahrverbot und Leinenzwang machte vor allem das Betretverbot für zwei Bereiche Schlagzeilen. Es bedeutet nämlich, dass beliebte Badeplätze – die «Sandbänke» – ab sofort tabu sind.

Wer sich trotz Beschilderung und Absperrketten nicht an die Verbote hält, wird angezeigt. Das kostet 150 Franken. Die meisten der an die 200 Gebüssten kommen aus Aarau und den angrenzenden Aargauer Gemeinden. Warum, konnten sich die Verantwortlichen beim Kanton Solothurn auch nicht recht erklären – die Kommunikation war wohl nicht optimal.

Viele Aarauer waren zwar empört über die neuen Regeln, nahmen sie jedoch hin. Bis jetzt. Nun haben die grünliberalen Politikerin Fiona Wiedemeier und Andreas Holenstein, beide aus



Andreas Holenstein und Fiona Wiedemeier.

Bild: Britta Gut

Aarau, auf www.petitio.ch eine Petition lanciert. Darin fordern sie den Stadtrat auf, ein Konzept zu entwickeln, wie die Aare «als Naherholungsraum zurückgewonnen werden kann», schreiben sie in einer Mitteilung. Dabei sollen insbesondere auch Möglichkeiten gesucht werden, die beliebten Badestrände der Sandbänke wieder für die Bevölkerung zugänglich zu machen. «Wenn wir an den Sandbänken sünnele und brötle, werden wir

gebüsst. Mit dem Mitteldamm wird die Location abgerissen, wo wir für den perfekten Aareschwimm starten können. Das Türmli beim Eniwa-Kraftwerk, welches seit Jahrzehnten unser Stadtbild prägt, muss einem Betonblock weichen», zählen die jungen Aarauer auf und kommen zum Schluss: «Bei der Gestaltung unseres Naherholungsraumes hat die Stadt versagt!» Deshalb brauche die Stadt ein Konzept, wie der Aareraum so

gestaltet werden könne, dass Natur, Energiegewinnung und die Menschen wirklich nebeneinander Platz haben, so die Petitionäre weiter.

Das Naturschutzgebiet an den Sandbänken sei völlig an den Realitäten vorbei gebaut worden. «Ein Naturschutzgebiet auf den Sandbänken ist genauso absurd, wie wenn man auf der Chinawiese in Zürich plötzlich ein Vogelschutzgebiet eröffnen würde. Es ist schlichtweg am falschen Ort», so Andreas Holenstein.

Man mag nun argumentieren, die Petition sei sehr viel mehr liberal als grün. Das stellen die beiden jungen Politiker in Abrede: Der Naturschutz liege ihnen am Herzen. «Naturschutz heisst aber nicht nur Reservate für bedrohte Vögel. In der Natur soll auch Platz für die Menschen sein», findet Fiona Wiedemeier. «Darum wollen wir der Aarauer Bevölkerung, welche kaum in die Neugestaltung ihres Naherholungsraums einbezogen wurde, mit dieser Petition eine Stimme geben.»

Nadja Rohner